

Interpellation Fraktion GLP/JGLP (Patrick Zillig, GLP): ICT-Strategie 2013 – 2016 der Stadt Bern – Stand der Umsetzung

«Der Gemeinderat sei sich der Bedeutung der Informatik bewusst, und er wisse um die Wichtigkeit der strategischen Steuerung in der Informatik», so geschrieben im Vorwort zur ICT Strategie 2013-2016, welche Ende 2012 veröffentlicht wurde. Seit dieser Zeit sind sechs Jahre vergangen; eine Ewigkeit, in dieser Branche.

Mit Erstaunen nehmen wir daher zur Kenntnis, dass sich der Gemeinderat zwar der Wichtigkeit der ICT und deren strategischen Steuerung bewusst ist, die Strategie aber abgelaufen ist, ohne Berichterstattung über die Erreichung der festgelegten Lieferergebnisse und ohne eine neue aktualisierte Strategie.

Wir bitten den Gemeinderat in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung folgender strategischen Zielsetzungen und bis wann werden diese umgesetzt? Wie begründet der Gemeinderat allfällige Verspätungen?
 - a. Zielsetzung 1: Zentrale Steuerung der IT der Stadt Bern ist gestärkt
 - b. Zielsetzung 2: Stadtweit gesamtheitliche IT-Architektur ist aufgebaut
 - c. Zielsetzung 3: E-Government Grundinfrastruktur ist in Betrieb
 - d. Zielsetzung 4: Sourcing-Strategie liegt vor
 - e. Zielsetzung 5: Einsatz von Open Source Produkten wird forciert
2. Wie hoch sind die Kosten bis zum heutigen Zeitpunkt der einzelnen Zielsetzungen?
3. Welche Massnahmen wurden von Strategie-Controlling ergriffen, um die Einhaltung der Umsetzungstermine und der Kosten sicher zu stellen?
4. Bis wann ist mit einer neuen ICT-Strategie der Stadt Bern zu rechnen?

Bern, 13. März 2018

Erstunterzeichnende: Patrick Zillig

Mitunterzeichnende: Marianne Schild, Claude Grosjean, Melanie Mettler, Maurice Lindgren

Antwort des Gemeinderats

Am 28. Februar 2018 verabschiedete der Gemeinderat die Digitalstrategie Stadt Bern 2021 (siehe Medienmitteilung vom 1. März 2018). Dieser voraus ging eine sorgfältige Evaluation der Ziele und Massnahmen der ICT-Strategie 2013 – 2016 durch den Informatik-Lenkungsausschuss (ILA). Die Berichterstattung erfolgte wie vorgesehen zuhanden des Gemeinderats. Dieser nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die in der ICT-Strategie 2013 – 2016 formulierten Ziele und Massnahmen grossmehrheitlich erreicht wurden bzw. umgesetzt sind.

Zur vorliegenden Interpellation nimmt der Gemeinderat gerne wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Die Zielsetzungen aus der ICT-Strategie 2013 – 2016 konnten weitgehend erreicht werden. Der Stand der Umsetzungen wird nachfolgend unter den Buchstaben a – e beschrieben.

Zu Buchstabe a):

Der ILA, der als übergeordnetes Gremium für die strategische Führung und Weiterentwicklung der gesamtstädtischen IT verantwortlich ist und das operativ tätige Informatikkoordinationsgremium (IKG) konnten sich in den Berichtsjahren als anerkannte Gremien etablieren.

Massnahmen zu Zielsetzung 1	Ergebnis
Schaffung eines Organisationshandbuchs inkl. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten von Gemeinderat, ILA, Informatikkoordinierenden (IK), Leistungserbringenden und Leistungsbeziehenden sowie Beschreibung des strategischen Projektportfoliomanagementprozesses.	Das Organisationshandbuch wurde erstellt und im August 2014 vom ILA verabschiedet.
Aufbau eines strategischen Projektportfolios.	Das bereits bestehende Projektportfolio der Informatikdienste (ID) wurde für diesen Zweck erweitert. Vierteljährlich wird über die strategischen Projekte gegenüber dem ILA berichtet.
Höhere Sitzungskadenz des ILA.	Die Sitzungsanzahl wurde von sechs auf acht Sitzungen pro Jahr erhöht.
Aufgabenspezifische Weiterbildung der ILA-Mitglieder.	Im Rahmen der zusätzlichen Sitzungen fanden themenspezifische Workshops statt.
Rapportierung des Grads der Strategieerreichung gegenüber dem Gemeinderat zu Ende der Legislatur.	Ist per Ende 2016 erfolgt.

Zu Buchstabe b):

In den Berichtsjahren wurde eine gesamtheitliche IT-Architektur, die alle Komponenten der städtischen IT aus funktionaler oder technischer Sicht übersichtlich darstellt, aufgebaut. Die Architekturrichtlinien liegen im Entwurf vor und werden abhängig von den konkreten Einzelprojekten bereits gelebt. Standardprodukte werden forciert angewendet.

Massnahmen zu Zielsetzung 2	Ergebnis
Erarbeitung eines städtischen IT-Architekturmodells.	Das ICT-Architekturmodell ist definiert, strukturiert und weitgehend beschrieben. Es schlägt sich in den ICT-Architekturrichtlinien nieder, die erst noch vom ILA verabschiedet werden müssen.
Für die gesamte städtische IT sind einheitliche Standards festgelegt.	Basierend auf den ICT-Architekturrichtlinien wurden verschiedene Standards überarbeitet bzw. erarbeitet (Projektleitfaden, Servicekatalog, Ausschreibungsvorlagen) und vom ILA in Kraft gesetzt.

Zu Buchstabe c):

Die notwendigen Grundinfrastrukturelemente für E-Government-Lösungen auf kommunaler Ebene wurden in den letzten Jahren von der städtischen IT aufgebaut und gelten heute als «in Gang gekommen». Einzelne Projekte oder Projektelemente konnten teilweise wegen zeitlichen Verzögerungen oder aufgrund von Änderungen in der Priorisierungsreihenfolge nicht wie geplant vollzogen werden.

Massnahmen zu Zielsetzung 3	Ergebnis
Aufbau der Grundinfrastruktur für E-Government durch die ID unter der Verantwortung des ILA. Die Grundinfrastruktur deckt die in der städtischen E-Government-Strategie formulierten Zielsetzungen.	<p>Der Aufbau der Grundinfrastruktur erfolgte im Rahmen des Projekts EBAI (E-Government Basisinfrastruktur) und beinhaltet folgende Funktionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Formular-Management - Identifikations- und Authentifikations-Management - Datentransfer-Management - Zahlungs-Management - Stadtplan/GIS - Content-Management - Notifikationsservice <p>Die genannten Services stehen weitgehend zur Verfügung und können bedarfsgerecht von den E-Government-Anwendungen genutzt werden.</p>

Zu Buchstabe d):

In den Berichtsjahren wurde eine Sourcing-Strategie für IT-Dienstleistungen und -Infrastruktur erarbeitet. Sie legt fest, welche Teile der Informatik stadintern und welche stadtextern entwickelt, betrieben und beschafft werden.

Massnahmen zu Zielsetzung 4	Ergebnis
Schaffung einer städtischen IT-Sourcing-Strategie.	Die Sourcing-Strategie wurde erarbeitet und im Mai 2015 vom ILA in Kraft gesetzt. Gleichzeitig hat er auch die beiden Leitfäden zu <i>Cloud</i> und zu <i>Open Source</i> verabschiedet.
Klärung der Frage, welche Angebotsschichten die Stadt Bern selber erbringen kann/muss und welche extern erbracht werden können/dürfen.	Bei allen neuen Vorhaben wird die Frage des Sourcings idealerweise in der Projektphase <i>Analyse</i> beantwortet und im jeweiligen Kreditantrag begründet. Hierzu unterstützt eine Ergebnisprotokollvorlage die Festlegung und Dokumentation des gewählten Sourcing-Modells.
Schaffung konkreter, nachvollziehbarer und transparenter Kriterien für den Einsatz individueller Fachanwendungen.	Die Geschäftsleitung der ID hat das Dokument <i>Systemanforderungen für Ausschreibungen</i> erarbeitet und laufend ergänzt, welches bei jeder Ausschreibung durch die Lieferantinnen und Lieferanten zu beantworten ist. Dieses Dokument unterstützt die Beurteilung der angebotenen Lösung im Hinblick auf die Integration in die bestehende ICT-Systemlandschaft.

Zu Buchstabe e):

In den Berichtsjahren konnte die Abhängigkeit von proprietären Produkten (lizenzierte Software) reduziert werden. Grundsätzlich werden Ausschreibungen möglichst offen entlang der funktionalen und nicht-funktionalen Anforderungen gestaltet. Der Aufbau von Open Source (OSS) Lösungen wird unter diesen Rahmenbedingungen gezielt vorangetrieben. Entscheidend für den zukünftigen Einsatz von OSS wird die durch den Stadtrat in Auftrag gegebene Potentialanalyse OSS (POTOSS) sein, deren Ergebnis ausstehend ist.

Massnahmen zu Zielsetzung 5	Ergebnis
<p>Ausweitung der bestehenden Einsatzbereiche von Open Source Produkten und Einsatz von neuen Open Source Produkten in neuen Einsatzbereichen unter Berücksichtigung der bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen</p>	<p>Aktuell sind in der städtischen Informatik rund 155 Server (Stand Ende 2017) mit der Open Source Software Linux in Betrieb. Unter anderem werden der städtische Internet-Server und der Intranet-Server auf einem Linux-Server betrieben. Wo immer möglich werden heute OSS Produkte eingesetzt. Auf Client-Ebene sind rund 20 % der am häufigsten installierten Applikationen bereits ein OSS-Produkt. Damit wird der in den letzten Jahren eingeschlagene Weg des schrittweisen Ausbaus von OSS forciert. Dieser Ausbau widerspiegelt sich nicht zuletzt in der zunehmenden Anzahl an OSS-Projekten in der Stadtverwaltung: Im Jahr 2013 befanden sich unter den 68 laufenden Informatikprojekten bloss ein reines OSS-Projekt und drei zumindest teilweise OSS-Projekte. In den Jahren 2014 und 2015 konnte der Anteil an OSS-Projekten erheblich gesteigert werden (bis zu 40 % der Projekte waren OSS-Projekte). In den Jahren 2016 und 2017 pendelte sich der Anteil der OSS-Projekte bei rund 25 % ein.</p> <p>Die Fachanwendung für die Betreuungsgutscheine (Ki-Tax) wurde als OSS-Produkt entwickelt und auf der Internet-Plattform GitHub.com publiziert. Ebenso wird die Fachanwendung für die Submissionsverwaltung aktuell als OSS-Produkt entwickelt.</p> <p>Die Informatik in den Volksschulen wird ab Schuljahr 2019/20 weitestgehend auf Open Source basieren, sofern das Berner Stimmvolk im Herbst 2018 dem Investitionskredit zustimmt.</p>
<p>Reduktion der Abhängigkeit von Anbietenden proprietärer Produkte.</p>	<p>Mit dem stetigen Ausbau von OSS-Produkten reduziert sich zwar die Abhängigkeit zu den Software-Lieferfirmen, zu den Dienstleisterinnen und Dienstleistern, welche diese Produkte einführen, bleibt sie jedoch kurz- bis mittelfristig bestehen. Mit dem Projekt POTOSS soll ermittelt werden, ob und in welchen Themen ein Umstieg auf OSS sinnvoll und wirtschaftlich ist. Im Weiteren werden bei Ausschreibungen die Kriterien der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) für OSS berücksichtigt.</p>

Zu Frage 2:

Für die Umsetzung der ICT-Strategie 2013 – 2016 waren rund 1,741 Mio. Franken für die externe Unterstützung und Sachmittel sowie 192 Arbeitstage für interne Leistungen vorgesehen. Da die Umsetzung der Massnahmen für die Zielsetzungen 1, 4 und 5 ohne externe Unterstützung vollzogen werden konnten, fielen lediglich die Aufwände für die internen Leistungen an, welche sich im Rahmen der oben aufgeführten Ressourcen bewegen. Für die Umsetzung der Zielsetzung 2 wurde eine ICT-Architektenstelle bei den ID beantragt und besetzt. Zudem wurden unterstützende Hilfsmittel evaluiert und beschafft sowie externe Unterstützung in der Höhe von gesamthaft rund Fr. 50 000.00 beansprucht. Für die Umsetzung der Zielsetzung 3 wurde am 26. November 2015 vom Stadtrat mit SRB Nr. 515 ein Investitionskredit für das Projekt Basisinfrastruktur E-Government in der Höhe von 1,195 Mio. Franken bewilligt. Bisher sind hierfür Ausgaben von rund Fr. 842 000.00 aufgelaufen, was den geplanten Kosten entspricht.

Zu Frage 3:

Die für die Umsetzung der Massnahmen zuständigen Organisationseinheiten rapportierten den jeweiligen Status jährlich gegenüber dem ILA. Der ILA war für die Einhaltung der Umsetzungstermine und der Kosten zuständig.

Zu Frage 4:

Wie einleitend erwähnt, verabschiedete der Gemeinderat am 28. Februar 2018 die Digitalstrategie Stadt Bern 2021. Im Gegensatz zur ICT-Strategie 2013 – 2016, die hauptsächlich auf strategische Fragen der städtischen Informatik fokussierte, setzt die Digitalstrategie Stadt Bern 2021 übergeordnete Ziele für Digitalisierungsmassnahmen in der Stadt über die kommenden Jahre. Dafür wurde die bestehende ICT-Strategie weiterentwickelt. Ebenso gehören dazu neue strategische Stossrichtungen wie die Digitalisierung des Leistungsangebots der Stadt gegenüber Bevölkerung und Partnerinnen und Partnern oder die Bereitstellung von Daten als «open data». Die bisherigen Konzepte zu «E-Government» und der weitere Ausbau des digitalen Leistungsangebots sind ebenso in die Digitalstrategie integriert. Die neue Strategie kann auf der Website der Stadt Bern heruntergeladen werden (http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/digitalstrategie-stadt-bern-2021-verabschiedet?searchterm=digitalstrategie).

Bern, 13. Juni 2018

Der Gemeinderat